



Foto: dpa/Oliver Berg

Auf dem kommenden Bundesparteitag der Linken, der vom 30. Oktober bis 1. November in Erfurt geplant ist, dürften wegweisende Entscheidungen getroffen werden. Zum einen ist noch fraglich, ob dann die beiden derzeitigen Bundesvorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger erneut für weitere zwei Jahre an der Spitze der Linken kandidieren. Die Satzung der Partei sieht vor, dass die Vorsitzenden nach acht Jahren eigentlich nicht mehr kandidieren sollten.

Anzeige

Auch bei inhaltlichen Fragen dürfte es während des Treffens in der Thüringer Landeshauptstadt hoch hergehen. Einige Politiker, die dem Reformerflügel der Linken zugerechnet werden, haben nun ein Positionspapier verfasst, in dem sie fordern, dass die Frage, ob die Partei zu einem Politikwechsel bereit ist und mitgestalten will, im Leitantrag zur Abstimmung gestellt wird.

nd-Kompakt

Unser täglicher Newsletter **nd-Kompakt** bringt Ordnung in den Nachrichtenwahnsinn. Sie erhalten jeden Tag einen Überblick zu den spannendsten Geschichten aus der **Redaktion** - und das jeden Abend schon um 19.30 Uhr. [Hier das kostenlose Abo holen.](#)

Unterzeichnet haben unter anderem der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Jan Korte, sowie seine Fraktionskollegen Birke Bull-Bischoff, Matthias Höhn und Stefan Liebich. Es finden sich auch die Namen von Politikern, die in ihren Bundesländern bereits mit Sozialdemokraten und Grünen regieren oder Teil einer Landesregierung waren. Die bekanntesten unter ihnen sind Berlins Kultursenator Klaus Lederer, die Bremer Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt und Ralf Christoffers, früherer Wirtschaftsminister in Brandenburg.

Die aktuelle Parteiführung wird in dem Papier sowohl gelobt als auch kritisiert. So monieren die Verfasser, dass in der Coronakrise »unsere Zerrissenheit und damit an manchen Stellen auch mangelnde Handlungsfähigkeit noch viel deutlicher zu Tage« getreten seien. Die Linkspartei habe sich nicht oder nur

unzureichend über inhaltliche Fragen verständigt. »Unser Außenbild war und ist ein einziger Flickenteppich von Einzelmeinungen.«

Ähnliche Artikel

18.03.2020 / Ismail Küpeli

Die Linke in Zeiten der Krise

So wie man versucht, den gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck aufzuhalten, muss man auch innerhalb der Linkspartei gegen rechte Tendenzen angehen.

22.01.2020

Drei Optionen für einen Richtungswechsel

Wie können Linke Einfluss auf die Politik von morgen nehmen? Ein Erklärungsversuch

14.01.2020 / Alexander King

Deutschland braucht eine linke Volkspartei

Ein überzeugendes und realistisches Konzept für einen starken Sozialstaat wäre der Mittelpunkt eines populären linken Programms

Dabei sehen die Protagonisten des Reformerflügels aktuell durchaus Chancen für die Linkspartei. Denn das von allen Flügeln der Partei kritisierte neoliberale System werde – ähnlich wie in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 – erneut infrage gestellt. Die sogenannte Schuldenbremse wurde ausgesetzt und selbst Konservative seien bereit, »über staatliche Beteiligungen und gar die Übernahme von bedeutenden Unternehmen zu sinnieren«.

Linke Themen spielen in der derzeitigen Debatte also eine zentrale Rolle. Doch die Partei profitiert davon nicht. Aktuelle Umfragen sehen sie bei acht Prozent. Im Reformerflügel ist man sich sicher, dass es besser werden könnte, wenn die Partei an einer Perspektive mit SPD und Grünen arbeitet, die sich nach der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres eröffnen könnte.

Deswegen wird in dem Schreiben aus dem Reformerlager auch ausdrücklich das Papier von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler und Bundesschatzmeister Harald Wolf gelobt, das diese im Mai dieses Jahres veröffentlicht hatten. Darin regte die Parteispitze eine breite gesellschaftliche Zusammenarbeit der Linkspartei mit Institutionen der Zivilgesellschaft sowie mit Grünen und SPD an.

Allerdings hat dieser Vorstoß nicht allen Genossen gefallen. Als über das Papier der vier Spitzengenossen vor einigen Wochen im Parteivorstand diskutiert wurde, monierten Lucy Redler und Thies Gleiss, die der Strömung Antikapitalistische Linke und dem 44-köpfigen Bundesvorstand angehören, dass eine Bundesregierung mit SPD und Grünen nicht nur einen Ausverkauf der antimilitaristischen Positionen der Linkspartei zur Folge haben, sondern auch harte Sparpakete auferlegen würde.

Mit der Außenpolitik, die zwischen SPD, Grünen und Linkspartei heftig umstritten ist, beschäftigt sich das Papier des Reformerflügels nicht. Die Bundestagsabgeordneten der Linken hatten im Unterschied zu Grünen und Sozialdemokraten bislang nahezu alle Auslandseinsätze der Bundeswehr geschlossen abgelehnt.

Hinweise darauf, wie weit man in einem möglichen Regierungsbündnis zu gehen bereit ist, gab es in der Linksfraktion allerdings Ende vergangenen Jahres. Einige Abgeordnete der Linken votierten für einen Antrag der Grünen, der das Ziel ausgab, das »Betätigungsverbot gegen die Hisbollah entschlossen durchzusetzen und ihre Netzwerke in Deutschland zu zerschlagen, Israel beizustehen und die Zivilgesellschaft im Libanon zu unterstützen«.

Die überwiegende Mehrheit der Fraktion enthielt sich. Eine dritte Gruppe von Parlamentariern der Linken lehnte den Antrag ab, weil sie im Feststellungsteil der Grünen einen Positivbezug auf einen Auslandseinsatz der Bundeswehr und die »Beteiligung Deutschlands an der Unifil-Mission« sahen. Seit dem Jahr 2006 überwacht der maritime Anteil dieser Beobachtermission der Vereinten Nationen die Seegrenzen des Libanons. Daran beteiligt sich auch die Bundeswehr.

Mitte Juli hatte auch der Landesvorstand der hessischen Linkspartei ein Strategiepapier beschlossen. Die dortigen Genossen sehen ein mögliches Mittel-links-Bündnis mit großer Skepsis. »Statt auf Rot-Rot-Grün und eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System zu hoffen, sollten wir Bündnisse schließen«, heißt es in dem Papier. Die Hessen wollen, dass ihre Partei neben den Initiativen in Parlamenten auch verstärkt außerparlamentarisch mit verschiedenen Organisationen und Bewegungen aktiv ist.

Dieser Artikel ist wichtig! Sichere diesen Journalismus!

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen: Auf Grund der Coronakrise und dem damit weitgehend lahmgelegten öffentlichen Leben haben wir uns entschieden, zeitlich begrenzt die gesamten Inhalte unserer Internetpräsenz für alle Menschen kostenlos zugänglich zu machen. Dennoch benötigen wir finanzielle Mittel, um weiter für sie berichten zu können.

Helfen Sie mit, unseren Journalismus auch in Zukunft möglich zu machen! Jetzt mit wenigen Klicks unterstützen!

Unterstützen über:



Betrag

2,50 EUR

Jetzt unterstützen!

Schlagwörter zu diesem Artikel:

#LINKE #linke Bewegung #linke Parteien #R2G

Hat Ihnen dieser Artikel gefallen? Dann teilen Sie ihn doch mit anderen



► [Leserbrief schreiben](#)

[zur Startseite](#)

Mehr aus: Politik

- [Spanischer Ex-König flüchtet wegen Ermittlungen ins Exil und bringt den Ministerpräsidenten in Not](#)
- [Juan Carlos macht sich aus dem Staub](#)
- [Kühnert zieht es zu Scholz](#)
- [Der Juso-Vorsitzende will vorzeitig seinen Posten abgeben und sich dann auf eine Kandidatur für den Bundestag konzentrieren](#)
- [Angst vor Corona und Grenzgefechten](#)
- [Der Kampf gegen das Virus wird durch eine möglichen Krieg zwischen Israel und Libanon erschwert](#)
- [Zehntausende gegen Bibi](#)
- [Israels Premier Benjamin Netanjahu steht im Visier einer neuen, breiten Protestbewegung](#)
- [Wa](#)
- [Ges](#)
- [Die](#)
- [käm](#)
- [für](#)

Solidarisches Berlin und Brandenburg

- [Ausweitung der Partyzone](#)
- [Um die Clubs zu unterstützen, will der Berliner Senat Veranstaltungen in Grünanlagen ermöglichen](#)
- [Ein Lockdown ist kein Planszenario](#)
- [IHK-Präsidentin Beatrice Kramm über die Folgen der Coronakrise in der Hauptstadtregion](#)
- [Das Gespenst der Verödung](#)
- [Es heißt, Berlin-Hohenschönhausen droht ohne die Kaufhof-Filiale den Bach herunter zu gehen.](#)
- [Sparwut trifft Flughafenarbeiter](#)
- [Wisag beantragt bei Gericht Schutzschirmverfahren für Tochterunternehmen - und erntet Widerspruch](#)

Features

- [Fridays for Future & Co immer in Ihrer Näh](#)
- [Von der CO2-Steuer bis zum Klimanotstand reichen ihre Forderungen](#)
- [Mazi - Extra Virgin Olive Oil](#)
- [Olivenöl in einer 1Liter-Flasche und im 5Liter-Kanister](#)
- [Wem gehört die Stadt?](#)
- [Gegen den Ausverkauf der Wohn des öffentlichen Raums](#)

Früher war mehr Lametta. Heute gibt's: